

Liebe Schönwalder,

auch mit dem heutigen Flyer möchten wir Ihnen gerne unsere Sichtweise auf die aktuelle Politik und gesellschaftliche Zusammenhänge näherbringen, ohne darauf zu bestehen, dass nur diese unsere Sichtweise unfehlbar ist. Tatsachen müssen allerdings Tatsachen bleiben und nicht dem Zeitgeist angepasst werden.

Unsere politischen Gegner sehen das leider nicht so. Schaut man sich nur die Sendungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an oder nimmt man eine der vielen Tages- und Wochenzeitungen in die Hand, dann wird ein Meinungsbild präsentiert, das mittlerweile fast ausschließlich von Redakteuren geprägt ist, die tief in dem linksgrünen Milieu verwurzelt sind, die jede gebotene Objektivität vermissen lassen und Tatsachen verfälschend ihren Vorstellungen anpassen.

Die Alternative für Deutschland versteht sich als Gegengewicht gegen die immer weiter nach Links driftende Allianz der Altparteien, die eine Bedrohung für unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Gemeinschaft als Staat darstellt.

Das Redaktionsteam

Kreistag Havelland



2021 drohen Biotonnen-Zwang und höhere Abfallgebühren

Gegen die Stimmen der AfD-Fraktion hat der Kreistag Havelland mit großer Mehrheit der Beschlussvorlage der Verwaltung zur zukünftigen Bioabfallverwertung in der mechanisch-biologischen Abfallverwertungsanlage in Schwanebeck zugestimmt. Diese Anlage hat ab 2021 freie Kapazitäten und könnte nicht wirtschaftlich weiterbetrieben werden. Es muss also Bio-Müll her und den werden Sie liefern, denn nach dem Beschluss wird es zukünftig zu einem „Vollanschluss“ an das Biotonnen-System kommen. Jeder Haushalt wird eine Biotonne bekommen, egal ob er sie braucht, will oder nutzen wird. Vermutlich wird es zu einer geringen Grundgebühr und zusätzlich zur Abrechnung/Leerung kommen –analog zum System der Hausmülltonne.

Wir haben nicht grundsätzlich etwas gegen die getrennte Verwertung von Biomüll, aber sehr viel gegen Anschlusszwang und Zwangsgebühren.

Gerald Hübner



Ein neuer Ortsteil mit 1550 Wohnungen im Erlenbruch – und kein Verkehrskonzept

In der Gemeindevertreterversammlung am 10.08.2020 haben CDU und SPD mit 10 Stimmen gegen die 9 Stimmen von AfD, Grünen und der Fraktion Familie, Linke, Forum Schönwalde sowie eines parteilosen Gemeindevertreters für den Billigungs- und Auslegungsbeschluss des Bebauungsplans Erlenbruch gestimmt. Grundsätzlich begrüßen wir die Pläne des Investors, die im Fliegerhorst langsam verfallenden Gebäude des alten Kasernenstandorts zu sanieren und dort Wohnungen zu schaffen. Wenn vermutlich auch die meisten Wohnungen von den Eigentümern genutzt werden, so werden hierdurch zumindest einige neue Mietwohnungen geschaffen, die wir in Schönwalde dringend benötigen.

Ein derartiges „Mega-Projekt“ – wie die MAZ es nennt – bedarf allerdings gründlicher Planung. Einen neuen Ortsteil baut man nicht mal eben so. Die Verkehrsplaner rechnen mit mehr als 6200 zusätzlichen PKW-Fahrten am Tag von oder in das neue Wohngebiet. Das BauGB schreibt in seinem § 1 vor, dass ein Bebauungsplan „die Belange des Personen- und Güterverkehrs und der Mobilität der Bevölkerung, einschließlich des öffentlichen Personennahverkehrs und des nicht motorisierten Verkehrs...“ berücksichtigen muss.

Und hier hapert es ganz gewaltig. Die „Verkehrstechnische Untersuchung“ vom 06.11.2019 kommt auf S. 35 zu dem Ergebnis, dass der Knotenpunkt Bötzower Landstraße (L20) / Zum Erlenbruch „bereits ...ohne Umsetzung der hier betrachteten Planung, ungenügende Kapazitäten zur Abwicklung des auftretenden Verkehrs hat.“ D.h. so wie der Knotenpunkt jetzt ausgelegt ist, wird er auch ohne den Bau einer einzigen Wohnung im Erlenbruch aufgrund des zunehmenden Verkehrs auf der L 20 bald nicht mehr ausreichend sein. Und was sieht der Bebauungsplan vor? Dort heißt es auf S. 20:

“Mit der bestehenden Verkehrsbelastung ist die Errichtung von rund der Hälfte der angenommenen Wohnungen möglich, ohne den Verkehr massiv zu benachteiligen. Dafür ist jedoch ein kontinuierliches Monitoring des Verkehrsaufkommens am Knotenpunkt Bötzower Landstraße/Zum Erlenbruch erforderlich. Bei Überschreiten der vertraglichen Verkehrsmenge ist die Anpassung im Bereich des Knotenpunkts durchzuführen. Ein entsprechendes Monitoring ist vertraglich zu sichern“.

Mit anderen Worten: Trotz der Aussage im verkehrstechnischen Gutachten, dass der Knotenpunkt auch ohne den Bau einer einzigen neuen Wohnung im Erlenbruch bald überlastet sein wird, weil der Fahrzeugverkehr auf der L 20 in den kommenden Jahren erheblich zunehmen wird, soll erstmal alles bleiben wie es ist. Die Hälfte der insgesamt geplanten Wohnungen – also 775 – soll errichtet werden können, ohne etwas zu ändern. Zwar soll durch ein Monitoring überwacht werden, ob und wann ggf. eine Anpassung durch einen Lichtsignalanlage, einen Kreisverkehr oder eine weitere Zu- und Ausfahrt aus dem neuen Ortsteil

zu erfolgen hat. Nur, wer macht das Monitoring, das laut Bebauungsplan „vertraglich zu sichern“ ist? Der Investor macht es jedenfalls nicht. Weder ist dies im städtebaulichen Vertrag geregelt noch an anderer Stelle. Und der Geschäftsführer und Gesellschafter der „Schönwalder Wohnen GmbH und Co KG“ – das ist der Name der Gesellschaft, die das Bauvorhaben durchführen wird – hat in der Gemeindevertretung auch ausdrücklich betont, er werde den städtebaulichen Vertrag keinesfalls um eine Verpflichtung zum Monitoring erweitern. Folge: Niemand wird irgendein Monitoring betreiben. Das Bauvorhaben wird sich entwickeln und mit ihm der Verkehr, ohne dass jemand dies beobachten und rechtzeitig für eine Anpassung des Knotenpunkts sorgen wird.

Weiter ist zu konstatieren, dass es für die etwa 3000 – 4000 Einwohner des neuen Ortsteils nur eine einzige Ausfahrt aus dem Erlenbruch geben wird – eben den Knotenpunkt L 20 /Am Erlenbruch. Eine „Mausefalle“, wie die BraWO vom 16.08.2020 es zutreffend beschreibt. Denn sollte es dort einen Unfall geben oder die Aus- und Zufahrt aus anderen Gründen blockiert sein, kommt weder jemand hinein noch kommt jemand hinaus. Um diese Problem zu lösen und den bestehenden Knotenpunkt L 20/Zum Erlenbruch zu entlasten, wird an eine zweite Anbindung des Erlenbruchs gedacht, die im Norden über die ehemalige Zufahrt am Schwalbenschwanz (Gemarkung Bötzow) erfolgen und im Bereich der dort bestehenden Wendeschleife an die Bötzower Landstraße (L 20) anschließen soll. Im Bebauungsplan heißt es dazu: „Derzeit sind aber weder die eigentumsrechtlichen Fragen noch die technische Machbarkeit vertiefend geprüft...“ Nur am Rande sei bemerkt, dass hier – auch planungsrechtlich - die Gemeinde Bötzow mit einzubeziehen wäre, auf deren Gebiet die neue Anschlussstelle sich befinden würde. Sollte nach einer irgendwann einmal erfolgten „vertiefenden Prüfung“ dann eine Nordanbindung kommen, wäre übrigens eine erneute Billigung und Auslegung des Bebauungsplans für den Erlenbruch erforderlich. Ob der Investor oder sonst jemand daran Freude hat, wenn das alles wieder von vorne losgeht?

Wir haben in der Gemeindevertretung den Vorschlag gemacht, in den Bebauungsplan vor seiner Auslegung ein konkretes Verkehrskonzept hineinzuschreiben und mit dessen Umsetzung unverzüglich zu beginnen, damit sowohl den künftigen Bewohnern des Erlenbruchs als auch den Nutzern des dort schon bestehenden Gewerbegebiets und den sonstigen von den Verkehrsströmen Betroffenen ein Verkehrschaos erspart bleibt. Der insoweit geänderte Bebauungsplan hätte in einer der nächsten Gemeindevertreterversammlungen beschlossen werden können. Dieser Vorschlag fand keine Mehrheit.

Wir werden über die weitere Entwicklung berichten.

Eva Maria Huntemann

EU – wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

Quelle: <https://paz.de/artikel/symbolpolitik-zum-schaden-europas-und-seiner-buerger-a1236.html>:

Am 21. Juli wurde in Brüssel ein EU-Finanzpaket in Rekordhöhe beschlossen. 1,8 Billionen Euro sind für die Jahre 2021-2027 veranschlagt. Ein Ereignis, welches die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als einen „historischen Moment für Europa“ bezeichnete. Historisch ist allein die Geldmenge! Dazu passt auch, dass Deutschland jährlich 1/3 mehr in die EU-Kasse zahlt, nämlich 40 Milliarden Euro statt 30 Milliarden.

In dem EU-Haushalt enthalten ist ein Sonderfond für die von der Corona-Krise besonders betroffenen Staaten in Höhe von 750 Milliarden Euro. Für diese Staaten sollen 390 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse und 360 Milliarden als Darlehen ausgezahlt werden. Im Klartext heißt das, es kommt zu einer massiven Umverteilung von Nord nach Süd. Italien, Spanien und Frankreich sind die Hauptprofiteure! Sie allein sollen 207 Milliarden Euro erhalten.

Und wer verschenkt die nicht rückzahlbare Corona-Hilfe in Höhe von 390 Milliarden Euro, ein Betrag, der höher ist als der gegenwärtige Bundeshaushalt von ca. 365 Milliarden Euro? In erster Linie natürlich Deutschland mit ca. 105 Milliarden Euro, basierend auf den Verteilerschlüssel von 27%.

Es ist weggeworfenes Geld! Geld, welches wir dringend im eigenen Land bräuchten für Infrastruktur, Ankurbelung der Wirtschaft, Bekämpfung der steigenden Armut und viele andere Problemfelder. Um den flotten EU-Maxe mit üppigen Geldgeschenken markieren zu können, wird dem Steuern zahlenden Bundesbürger immer unverfrorener in die Taschen gegriffen, seit diesem Jahr hat Deutschland die höchste Steuern- und Abgabenlast WELTWEIT!

Angesichts der Spendierhosen der Merkel-Administration dürfen wir nochmals die in unserem letzten Faltblatt genannten Vermögensverhältnisse in der EU in Erinnerung bringen:

Frankreich	Pro Kopfvermögen	Ca. € 93.700
Spanien	Pro Kopfvermögen	Ca. € 87.700
Italien	Pro Kopfvermögen	Ca. € 84.500
Deutschland	Pro Kopfvermögen	Ca. € 32.500

Axel Schröder

Die Gewinner der Coronakrise

Durch die nahezu weltweiten massiven Eingriffe von Regierungen ins Wirtschaftsleben, mit Hilfe der Corona Angst, erlitten Millionen Menschen massive finanzielle Einbußen. Viele haben ihre Jobs verloren. Ganze Existenzen, für die manche ein Leben lang hart gearbeitet haben, sind vernichtet worden. Ein Ende ist nicht absehbar und man spricht bekanntlich schon von einer zweiten Welle, obwohl die erste weitgehend ausblieb.

Nun ist es mit Geld bekanntlich so, dass es nicht weg ist, wenn man es verliert. Sondern, dass es stattdessen jemand anders hat. Die Frage ist nur, wer es hat! Schauen wir auf die aktuellen Zahlen, so stellen wir erstaunt fest, dass die meisten der Reichen in der Coronakrise mitnichten Geld verloren haben. Stattdessen haben die Superreichen, die die Politik wesentlich beeinflussen, massiv gewonnen.

So stieg laut dem US-Magazin FORBES das Vermögen von Börsenguru Warren Buffett um 12 Milliarden \$, das von Bill Gates um 16 Milliarden \$, das von Facebookgründer Marc Zuckerberg um 52 Milliarden \$, das von Technikmogul Alan Musk (das ist der Mann, der in Grünheide das neue TESLA-Werk baut) um 43 Milliarden \$ und das von Amazongründer Jeff Bezos sogar von 113 Milliarden \$ auf 189 Milliarden \$, also um ganze 76 Milliarden \$.
Wohlgemerkt nur von März bis September.

Quelle: Podcast von „eigentümlich frei“ vom 21.08.20





Verfassungsschutz

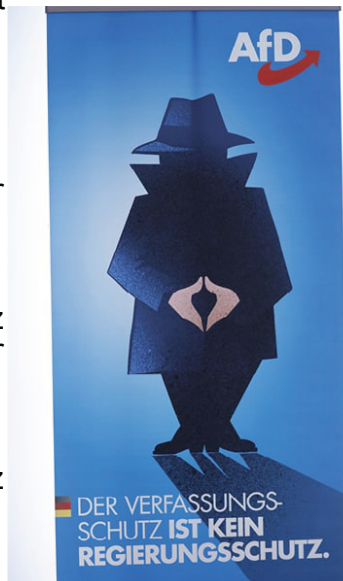
Als politisch Interessierter hat man über Jahrzehnte kaum etwas über den Verfassungsschutz erfahren. Er wirkte im Verborgenen, hatte mehr oder weniger Erfolg. Weniger Erfolg hatte man bei der Beobachtung und Eliminierung des Nationalsozialistischen Untergrunds NSU.

Heute ist der Verfassungsschutz in aller Munde, wirkt weniger im Hintergrund, sondern trägt seine Erkenntnisse flächendeckend den Medien an. Wer ist der Verfassungsschutz? Ist das eine Instanz, ausgestattet mit unfehlbarem Dogma? Nein, ganz und gar nicht!

Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist dem Bundesministerium des Innern (BMI) nachgeordnet und untersteht dessen Dienst- sowie Fachaufsicht. Und wer ist der Oberaufseher? Natürlich, Horst Seehofer! Und welcher Person dieser Horst Seehofer untersteht, ist allgemein bekannt – Angela Merkel.

2018 fiel Hans-Georg Maaßen, als Präsident des Bundesverfassungsschutzes, in Ungnade und musste seinen Hut nehmen, weil er die Chemnitzer Ereignisse „falsch deutete“. Er konnte keine Hetzjagd auf Ausländer ausmachen.

Genauso wie seinerzeit das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Bekämpfung des politischen Gegners eingesetzt wurde, genauso sind Parallelen beim Verfassungsschutz des Landes Brandenburg erkennbar. Die noch nicht abschließend geklärte Causa Kalbitz wird politisch ausgeschlachtet, um die gesamte Brandenburger AfD – und damit sämtliche Mitglieder – als Verdachtsfall einzustufen. Auch hier untersteht der Landesverfassungsschutz dem Innenministerium der Woidke-Administration und auch hier ist offensichtlich, dass der Landesverfassungsschutz für parteipolitische Winkelzüge eingesetzt wird.



Schon im Sommer 2019, vor den anstehenden Wahlen im Osten, bemerkten Politiker der etablierten Parteien, dass sie eine große Anzahl Ihrer Wähler an die AfD verlieren könnte.



Der „Merkur“ schrieb unter der Rubrik „**CDU-Dilemma, Immer mehr Polizisten und Soldaten wenden sich der AfD zu**“:

„Der CDU-Politiker Friedrich Merz warnt offensiv: Die CDU verliere Teile von Polizei und Bundeswehr an die AfD.“

Weiter schrieb der Merkur:

Staatsdiener fühlen sich von etablierten Parteien nicht mehr vertreten

Auch Polizeigewerkschafter geben Merz Recht. Der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter, sagte dem Handelsblatt: „Die Aussagen von Merz kann ich definitiv bestätigen. Auch mir bereitet es bereits seit langem große Sorgen, dass immer mehr Kollegen sich nicht mehr von den etablierten Parteien vertreten fühlen und über ‚Alternativen‘ nachdenken“.

Helfen soll im Werben um Soldaten und Polizisten eine scharfe politische Abgrenzung von der AfD. Je genauer der Verfassungsschutz die AfD unter die Lupe nimmt, desto nachdenklicher sollten die auf die Verfassung vereidigten Beamten werden, deutet CSU-Chef Markus Söder an.

Die Abgrenzung hat allerdings ein Folgeproblem, erinnert Expertin Münch mit Blick auf die nahen Wahlen im Osten. Kategorisch eine Kooperation mit der AfD auszuschließen, heißt in vielen Orten, sich auf andere „schizophrene Koalitionen“ unter Beteiligung der Linken einzulassen. Das verfestige das Bild der stigmatisierten AfD. Für die Union, fürchtet Münch, „ein teuflisches Thema“.

Quelle:

(<https://www.merkur.de/politik/cdu-dilemma-immer-mehr-polizisten-und-soldaten-wenden-sich-afd-zu-12698760.html>)

Da ist es schlussendlich nicht verwunderlich, dass die Brandenburger AfD zum Verdachtsfall eingestuft wurde, um somit den Zuwachs zur AfD auch von Seiten der Staatsdiener zum Erliegen zu bringen.

Wess Brot ich ess´, dess Lied ich sing!

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/medien/zeitungen-foerderung-subventionen-verlage-1.4954897>

Zeitungsverlage werden lt. Bundestagsbeschluss vom 02.07.2020 **in den kommenden Jahren** mit 220 Millionen Euro aus dem „Steuersäckel unterstützt“.

Liberal-konservative und merkelkritische Zeitungen wie die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ werden wohl kaum in den Genuss dieses Geldsegens kommen.

Bleiben also die weitgehend systemkonform berichtenden Printmedien, die sicherlich nicht in die sie fütternde Hand beißen werden. Da dieses Geld von den Steuerzahlern erbracht wird, kann man auch von einer Zwangsgebühr ähnlich den GEZ-Gebühren sprechen.

Wer die tatsächliche Situation in der Bundesrepublik abgebildet sehen möchte, der muss heute die Schweizer NZZ, Neue Zürcher Zeitung und andere seriöse Publikationen aus dem Ausland zu seiner Meinungsbildung heranziehen oder aber man informiert sich in dem noch nicht gleichgeschalteten Internet. Wir empfehlen:



<https://afdkompakt.de>



<https://www.journalistenwatch.com>



<https://www.compact-online.de>



<https://www.afdbundestag.de>

<https://www.epochtimes.de>



7 Tage Deutschland – der neue Wochenendpodcast der AfD: afd.de/podcast. Gleich heute anmelden und abonnieren!



<https://jungefreiheit.de>



<https://www.tichyseinblick.de>



<http://www.afd-tv.de>



<https://www.podcast.de/podcast/646821/>



Das Redaktionsteam

Dammbruch

Saskia Esken, ihres Zeichens Bundesvorsitzende der SPD, hat kürzlich mit den Worten „Ich bin Antifa“ (<https://twitter.com/EskenSaskia/status/1267350240904036354?s=20>) hinsichtlich Ihres Demokratieverständnisses ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Antifa hat kommunistische Wurzeln und ist noch heute im linksradikalen, gewaltbereiten Milieu fest verankert. Wer nicht in das Weltbild dieser Spezies passt, ist auf jeden Fall ein Faschist.

Auch im Sprachgebrauch der DDR war zum Beispiel der antifaschistische Schutzwall ein fester Bestandteil der täglichen Rhetorik. Viele Westdeutschen waren Faschisten.

Offensichtlich hat Frau Esken zwischenzeitlich ihre antifaschistischen Studien vertieft und kommt zu der Erkenntnis, dass es an der Zeit sei, der Nachfolgepartei der SED „Die Linke“ einen Heiratsantrag zu machen. Vor 2 Wochen meinte Frau Esken im ARD Sommerinterview: „Ein Bündnis mit der Linken halte ich für möglich und denkbar“.

Unfassbar, wenn man sich das Schicksal der Millionen Menschen in der DDR vor Augen hält, die unter der SED-Knute leiden mussten, einer SED, die sich heute verharmlosend „Die Linke“ nennt.

Axel Schröder

„Black Lives Matter“, wir sagen: „All Lives Matter“

Wir verurteilen jegliche Gewalt, ob an „Schwarzen“, „Gelben“ oder „Weißen“ verübt.

Es ist uns nicht bekannt, ob unsere „Mutti“ während Ihres kürzlichen Südafrikabesuches, die in diesem Land besonders sichtbare Gewalt, insbesondere an der weißen Minderheitsbevölkerung, zur Sprache gebracht hat.

In diesem Lande wurden im Jahre 1967, zur Zeiten der Apartheid, 150 Morde im Jahr verübt. Heute, unter „schwarzer Herrschaft“ werden jährlich ca 21.000 Menschen ermordet. Zum Großen Teil „Weiße“, insbesondere weiße Farmer, die auf brutalste Weise von Ihren Besitzungen getrieben werden, sofern sie nicht schon vorher ermordet wurden.

Wer nur die eine Seite beleuchtet und diese auch noch für parteipolitische Zwecke missbraucht, wird den Rassismus nie besiegen.

Quelle: <https://taz.de/Rassismus-unter-Medienschaffenden/!5669579/>

Michael Rhein

Rot-Rot-Grüne Wahrheiten

Nach den beiden Großveranstaltungen „Tag der Freiheit - das Ende der Pandemie“ von Querdenken-711 auf der Straße des 17. Juni in Berlin vermeldete der Veranstalter für den 01.08. ca. 1 Million und für den 29.08.2020 fast 2 Millionen Teilnehmer. Die Berliner Polizei meldete lediglich 17.000 Teilnehmer, später korrigierte Sie diese auf 30.000 und für die zweite Veranstaltung wurden Teilnehmerzahlen von 38.000 bis 50.000 genannt, glatte **Falschmeldungen!** Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Berliner-Polizei-korrigiert-Teilnehmerzahl-article22000900.html>

Selbstverständlich verbreiteten die Medien diese nicht den Wahrheiten entsprechenden Zahlen. Was schließen wir daraus? Die Medien berichten nicht mehr wahrheitsgemäß, sondern nur das, was dem Merkelregime passt.

An diesen Beispielen wird offensichtlich, wie das Volk ganz bewusst im Sinne der aktuellen Politik hinters Licht geführt wird.

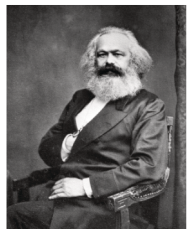
Übrigens, die AfD leugnet nicht die Existenz des COVID-19 Virus, ist aber ebenso wie Querdenken-711 gegen die der Bevölkerung aufgezwungenen und nicht gerechtfertigten Einschränkungen der Freiheit. Unabhängige Wissenschaftler weltweit bestätigen, dass Menschen fast ausschließlich **mit** COVID 19, aber **nicht an** COVID 19 sterben. Die zweite Tatsache ist, dass die Sterberaten unverändert auf gleicher Höhe verharren wie vor COVID 19 (siehe Bundesamt für Statistik).

Das Redaktionsteam

Kritik an Karl Marx soll ‚staatsgefährdend‘ sein ...

<https://afdkompakt.de/2020/07/15/kritik-an-karl-marx-soll-staatsgefahrend-sein/>

Am 14. Juli 2020 wurde das Karl-Marx-Denkmal am Strausberger Platz in Berlin durch die Bundestagsabgeordnete **Beatrix von Storch**, Mitglied im AfD-Bundesvorstand, im Rahmen einer **Protestaktion** vorübergehend verhüllt. Einen Tag später ermittelt der Staatsschutz. Beatrix von Storch kommentiert:



„In der Bundesrepublik des Jahres 2020 ist es möglich, dass eine Linksextremistin und Verteidigerin des SED-Regimes mit den Stimmen der CDU Verfassungsrichterin werden kann, wie in Mecklenburg-Vorpommern geschehen, und gleichzeitig der Staatsschutz in Berlin wegen einer kurzzeitigen symbolischen Verhüllung einer Karl-Marx-Büste ermittelt.“

Karl Marx war der Vordenker der gewaltsamen Revolution und der kommunistischen Diktaturen, die über 100 Millionen Tote zu verantworten haben. Er war darüber hinaus Rassist, Antisemit und Verächter der parlamentarischen Demokratie. Dass Kritik an Karl Marx als mögliche „Staatsgefährdung“ wahrgenommen wird, zeigt den wachsenden Einfluss der SED-Nachfolgepartei und linksradikaler Gruppen auf Politik und Behörden.

Der rotrotgrüne Senat in Berlin, die gewaltbereite Antifa und Black Live Matter sehen Marx als ihren Vordenker und Stichwortgeber an. Kritik an Karl Marx sehen sie als Angriff auf ihre Machtposition. Darum wollen sie eine Debatte über den Rassismus und Antisemitismus von Karl Marx mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrücken.“

Das Readaktionsteam

AfD und der Antisemitismus

Zur Desinformation der Bevölkerung gehört es, der AfD jedes Übel dieser Welt, aber insbesondere Antisemitismus vorzuwerfen und ihr damit jede Legitimation als demokratische Partei abzusprechen. Dazu schreibt Rafael Korenzecher, Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“:



Logo der Juden in der AfD



Buchtip

„Allerdings müssen sich die Juden in Deutschland nicht wegen der AfD als Nichtjuden verkleiden. Auch hat die AfD nicht einen einzigen Juden umgebracht oder auch nur geschlagen. Alle in Europa begangenen Morde an Juden wurden im 21. Jahrhundert von Muslimen verübt, von der nahezu täglichen Gewalt ganz zu schweigen. Die AfD hat auch keine jüdischen Schüler von einer deutschen Schule geprägt.“

Nebenbei bemerkt, nicht wenige Deutsche jüdischen Glaubens sehen in der AfD ihre politische Heimat und sind Mitglieder unserer Partei.

Quelle: <https://artikel.wir-haben-nichts-gegen-juden-wir-sind-nur-blind>

Axel Schröder

Pflegekosten

Zuweilen sind im „SPIEGEL“ auch interessante Artikel zu lesen. Mit der Überschrift „Die Pflegekosten sind eine tickende Zeitbombe“ wird angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung und der damit verbundenen, zunehmenden Pflegebedürftigkeit ein ganz wichtiges Thema angesprochen.

Pflegebedürftige müssen für die Heimbetreuung immer mehr beisteuern, mittlerweile im Bundesdurchschnitt über 2.000 Euro im Monat. Innerhalb der letzten 12 Monate sind die Kosten um 6,2% gestiegen.

Der Spiegel wäre nicht der Spiegel, wenn er zur Lösung des Problems alleinig den Staat, also die Steuern zahlenden Bürger, heranziehen möchte.

Uns scheint wichtig, dass auch der Rentner, der Pflegebedürftige schon zu Zeiten seines Berufslebens eine bessere Vorsorge treffen kann durch bessere Entlohnung, bessere Möglichkeiten zur Vermögensbildung. Dazu gehört auch eine erhebliche Reduzierung der Abgaben- und Steuerbelastung. Es ist ein Unding, dass ab 9.408 Euro Jahreseinkommen bereits Lohnsteuer anfällt und ein Großteil der Rentner auf bereits versteuerte Einkünfte nochmals Steuern entrichten muss.

Axel Schröder

Kranzniederlegung am Mauer-Denkmal Steinerne Brücke

Als einzige Partei hat die Alternative für Deutschland Ortsverband Schönwalde-Glien den Opfern des am 17. Juni 1953 niedergeschlagenen Volksaufstandes in der DDR mit einer Kranzniederlegung gedacht.



Während des Aufstandes vor 67 Jahren und im Nachgang zu diesem Aufstand sind viele Menschen getötet, hingerichtet oder durch die Nachwirkungen zu Tode gekommen, tausende wurden eingekerkert oder in die Sowjetunion verschleppt. Auch hier in Schönwalde leben noch Zeitzeugen, die in den berüchtigten Gefängnissen der DDR als „Politische“ schlimmer behandelt wurden als Kriminelle.

Dieser Blutzoll für wahre Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit war den Kartellparteien keine Erinnerung wert!

Übrigens, bis 1990 war der 17. Juni in den alten Bundesländern nationaler Feiertag, zum Gedenken an die Opfer des DDR-Unrechtsregimes.

Wie jeden ersten Donnerstag im Monat, findet unser regelmäßiger „öffentlicher“ Stammtisch am Donnerstag, 03.09.2020 um 19:00 Uhr statt. Jeder ist herzlichst eingeladen.

Ort: "Heimatstube"
Dorfstrasse 7,
14621 Schönwalde-Glien,
OT Dorf
(1. OG "Kreativ")



Wir sind für Sie da! Sie haben ein Anliegen, eine Mitteilung oder einen Hinweis, über die Sie sich mit uns austauschen möchten? Gerne, kontaktieren Sie uns per Telefon oder WhatsApp. Wir antworten umgehend und vertraulich.



01522-6728965



Bitte unterstützen Sie uns und unsere Arbeit durch Ihr Engagement als Förderer, Unterstützer oder natürlich als Mitglied. Berichten Sie im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis von unseren Stammtischen und Veranstaltungen, und nicht zuletzt, sprechen Sie uns direkt an.

Sie wollen Ihre Spende per Überweisung tätigen? Danke für Ihre Spende:

Alternative für Deutschland

Empfänger: AfD-Kreisverband Havelland
Verwendungszweck: OV Schönwalde-Glien, Spender (Name und Adresse)
IBAN: DE55 1605 0000 1000 8464 38
BIC: WELADED1PMB

Bitte geben Sie bei Ihrer Spende per Überweisung Namen und Anschrift an. Nur so können wir Ihnen eine Spendenquittung zusenden. Benutzen Sie dafür bitte das Feld „Verwendungszweck“ auf dem Überweisungsträger.